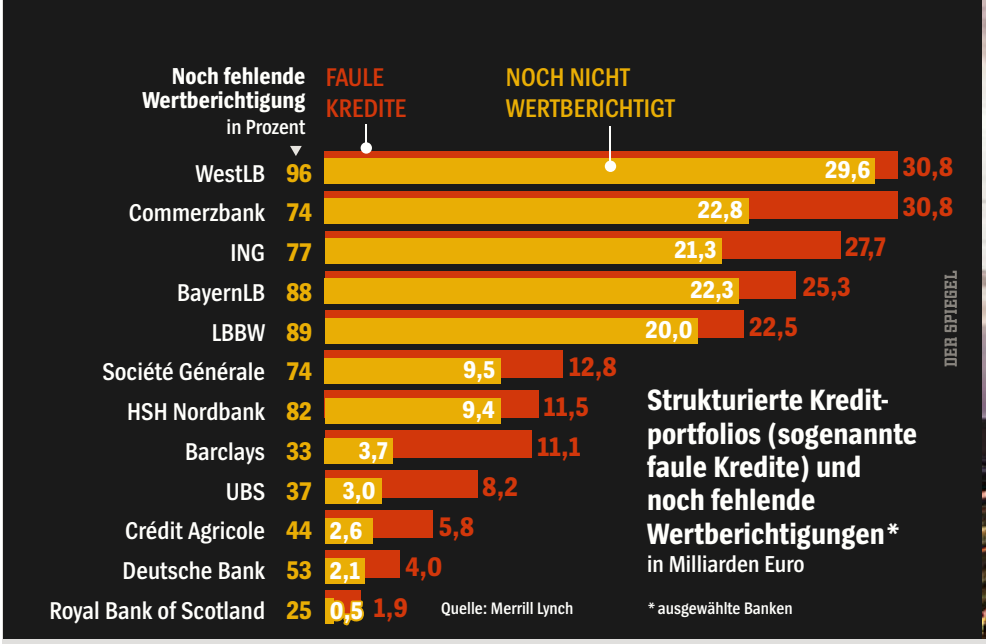

Bad Bank Germany

Eine Studie zeigt: Deutschlands Banken sind beim Abbau ihrer Schrottpapiere bislang kaum vorangekommen.

Es war Lothar Späth, der das brisante Papier jüngst Regierungsvertretern übergab. Baden-Württembergs früherer Ministerpräsident ist dieser Tage als Lobbyist der US-Bank Merrill Lynch unterwegs, die sich in einer Studie die deutsche Bankenlandschaft im Vergleich zu ausgewählten internationalen Instituten angesehen hat. Das Ergebnis ist alarmierend.

Die „derzeit als problematisch einzuschätzenden Aktiva der größten deutschen Banken belaufen sich auf etwa 650 Milliarden Euro“, heißt es in der Studie lapidar, das entspreche 25 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts: „Deutsche Banken scheinen bei strukturierten Kreditportfolien noch beträchtlichen Nachholbedarf zu haben – sowohl im internationalen Vergleich als auch mit Hinblick auf derzeit erzielbare Werte.“

Die Zahl könnte sogar noch höher ausfallen, denn in den Berechnungen sind neben den klassischen Ramschanleihen aus gebündelten Forderungen nur noch gewerbliche Immobilien- und Schiffsfinanzierungen sowie hochspekulative Kredite für Unternehmensübernahmen enthalten. „In Abhängigkeit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung könnten weitere Aktiva als problematisch eingeschätzt werden“, heißt es in der Studie. Kurz: Deutschlands Geldinstitute sind beim Abbau des gefährlichen Wertpapierschrotts in ihren Bilanzen kaum vorangekommen (siehe Grafik).

So hat die WestLB ihr toxisches Portfolio von mehr als 30 Milliarden Euro bislang erst um vier Prozent abgeschrieben – also nur um gut eine Milliarde Euro. Die Landesbank Baden-Württemberg hat noch immer 89 Prozent ihres Sammelsuriums an giftigen Wertpapieren im Bestand, die BayernLB 88 Prozent und die HSH Nordbank 82 Prozent. Selbst die Commerzbank, die mit 18 Milliarden Euro Kapital vom Bund gestützt werden musste, hat ihr Buch mit Schrottpapieren von ebenfalls über 30 Milliarden Euro erst auf 74 Prozent abgeschrieben. Viele ausländische Banken haben die Krise weit besser verdaut.

Entsprechend rechnen die Experten von Merrill Lynch bei den betroffenen Instituten mit einem akuten Wertberichtigungsbedarf von 60 Milliarden Euro. Dazu kommen weitere Risiken in Osteuropa. Vor allem die Commerzbank und die BayernLB

stehen sie „vor dem Problem, äußerst komplexe wirtschaftliche Sachverhalte angemessen bewerten zu müssen“. Wollen die Ermittler etwa den Vorwurf der „Untreue“ belegen, müssen sie nachweisen, dass Banker vorsätzlich pflichtwidrig gehandelt haben.

Die Rechtsprechung spricht etwas lyrischer von jemandem, der „nach Art eines Spielers bewusst und entgegen den Regeln kaufmännischer Sorgfalt eine äußerst gesteigerte Verlustgefahr auf sich nimmt, nur um eine höchst zweifelhafte Gewinnaussicht zu erhalten“.

Je nach Auslegung könnte diese Charakterisierung auf viele Banker zutreffen, die im globalen Handel mit faulen Hypothekenkrediten mitgemischt haben.

Im Fall der angeschlagenen HSH Nordbank beispielsweise liegt das auf der Hand, glaubt zumindest der Hamburger Rechtsanwalt Gerhard Strate. Er ist überzeugt, dass die Risiken in den milliardenschweren Geschäften mit Ramschkrediten vorhersehbar gewesen wären. Doch eine konzernweite Risikokontrolle habe es bei der HSH Nordbank „nie gegeben“, sagt der Jurist.

Mittlerweile bearbeitet ein ganzes Ermittlungs-Team den Fall. Aufgrund von Strates jüngster Strafanzeige laufen die Ermittlungen nun auch direkt gegen HSH-Chef Dirk Jens Nonnenmacher und seine Vorstandskollegen.

ROLAND MAGUNIA / DDP

HSH-Chef Nonnenmacher
Risiken vorhersehbar?

Es geht um eine Zahlung von 45 Millionen Dollar an die US-Bank Goldman Sachs, die sich bei den Hanseaten gegen die Lehman-Pleite versichert hatte. „Die HSH hätte gar nicht zahlen müssen“, ist Strate überzeugt, „Goldman hat die Frist klar versäumt. Das ist Untreue auf Seiten der HSH-Manager.“

Tatsächlich rieten auch HSH-eigene Juristen lange, wegen der verpassten Anmeldefrist hart zu bleiben. Am Ende, so argumentiert das Institut, habe es aber im Interesse der Bank gelegen, keine Klage zu riskieren – und zu zahlen.

Fälle wie das HSH-Desaster stellen Juristen vor grundsätzliche Fragen: Lassen sich Bankmanager mit dem Begriff Untreue überhaupt zur Rechenschaft ziehen? Sind Fehlentscheide und Missmanagement mit dem Strafgesetzbuch zu erfassen? Nur selten lässt sich ein Vorsatz belegen. Darum kommen viele Manager selbst nach Milliardenverlusten mit einem Freispruch oder geringen Geldstrafen davon.

Erfolge erzielen die Fahnder häufig dann, wenn sie bei ihren Recherchen auf Straftaten stoßen, die mit der Finanzkrise nur wenig zu tun haben. So war es etwa bei den Ermittlungen gegen den ehemali-

Bankenplatz Frankfurt am Main

PAUL LANGROCK / ZENIT

haben sich dort engagiert – mit jeweils knapp 25 Milliarden. Der von Merrill geschätzte „mögliche Wertberichtigungsbedarf“ würde bei dem Institut 13,6 Prozent des Eigenkapitals vernichten – bei der BayernLB gar 31,9 Prozent. Abschreibungen auf Unternehmenskredite könnten allein bei der Commerzbank weitere 2,5 Milliarden Euro Kapital erfordern.

Auf Anfrage stellten die betreffenden Institute die Aussagekraft der Studie in Frage. Das Urteil der Amerikaner sei zu pauschal, die Risikoklassen der Portfolien würden kaum berücksichtigt – zudem hätten einige der Banken Teile der Risiken ausgelagert.

Das Papier sorgt im Wirtschafts- und Finanzministerium sowie im Kanzleramt dennoch für Besorgnis. „Die haben die Lage nicht dramatisiert“, sagt ein hochrangiger Beamter. „Stattdessen wollten sie uns offenbar mit einer sehr realistischen Einschätzung beeindrucken.“

Wolfgang Reuter, Christoph Schwennicke

gen Vorstandschef der maroden Sachsen LB, Herbert Süß.

Bei der Durchsuchung seiner Wohnung in Dresden stießen die Behörden auf ungesicherte Jagdwaffen und Munition, während der Beschuldigte selbst wochenlang in Südafrika auf seiner Farm weilte – ein klarer Verstoß gegen das Waffengesetz. Es klingt ein bisschen nach Al Capone, der weiland ja nicht für all seine kriminellen Geschäfte verurteilt wurde, sondern wegen schnöder Steuerhinterziehung.

So ähnlich könnte es nun auch beim Verfahren gegen die Landesbank in Bayern laufen. Genau wie das Schwesterinstitut in Sachsen ist das Geldhaus durch die Finanzkrise in Not geraten. Doch die jüngsten Ermittlungen gegen Ex-Chef Schmidt haben wenig mit der Krise zu tun, sondern vor allem mit dem Erwerb des österreichischen Geldhauses HGAA.

Das Institut, Ende 2006 noch mehrheitlich im Besitz des österreichischen Bundeslandes Kärnten, war kurz zuvor durch riskante Devisengeschäfte in Not geraten. Dem Institut, barmte ein Beauftragter der zuständigen Landesholding, habe damals „der Entzug der Banklizenz gedroht“.

Zur Erleichterung des damaligen Kärntner Regierungschefs, des später bei einem Autounfall verstorbenen FPÖ-Politikers Jörg Haider, nahte damals Rettung von ungeahnter Seite. Der deutsch-österreichische Finanzmanager Tilo Berlin stellte zur Jahreswende 2006/07 innerhalb weniger Tage einen Investorenkreis zusammen, der später sukzessive ein Viertel der Anteile an der notleidenden Bank erwarb.

Die Neuaktionäre wollten die Pakete zunächst einige Jahre halten und sie danach für bis zu 4,7 Milliarden Euro an der Börse veräußern. Der Codename für das ehrgeizige Vorhaben lautete damals „Project Knox“ – in Anlehnung an die legendäre Festung der US-Regierung zur Aufbewahrung ihrer Goldreserven.

Doch dann trat nach Angaben Berlins plötzlich BayernLB-Boss Schmidt auf den Plan, den er noch aus gemeinsamen Zeiten bei der Landesbank Baden-Württemberg kannte. Der Manager soll Berlin auf Druck prominenter CSU-Politiker beschworen haben, an ihn zu verkaufen, allerdings unter zwei Bedingungen: Schmidt wollte die Mehrheit an der HGAA, und Berlin sollte die Führung der Bank übernehmen.

Am Ende zahlten die Bayern mehr als 1,6 Milliarden Euro für ein Institut, das noch kurz zuvor als todgeweiht gegolten hatte. Berlin machte für sich und seine Investoren innerhalb weniger Monate ein Plus von 145 Millionen Euro.

Welche Risiken Schmidt seinem Arbeitgeber eingebrockt hatte, zeigte sich kurz nach der offiziellen Eintragung der Übernahme im Oktober 2007. Nur einen Monat später musste die BayernLB nochmals rund 440 Millionen Euro nachschießen. Ein Jahr später benötigte die Neuerwerbung eine Kapitalspritze von 700 Millionen.

Die Staatsanwaltschaft will nun unter anderem wissen, weshalb Bayern-Banker Schmidt nicht nachverhandelte. Das wäre wohl schwierig gewesen. Die Verträge sahen nachträgliche Änderungen am Kaufpreis ausdrücklich nicht vor.

Oppositionspolitiker im Freistaat vermuten, Schmidt könne womöglich selbst an Berlins Fonds beteiligt gewesen sein – und von dem stattlichen Gewinn persönlich profitiert haben. Finanzmanager Berlin weist die „absurde Unterstellung“ zurück. „Herr Schmidt hat nie zu dem Investorenkreis gehört“, versichert er. „Und es gibt auch keine Verbindung von ihm zu meiner Firma Berlin & Co.“

Am Ende will es wieder niemand gewesen sein. Die Rechnung wird an die Steuerzahler weitergereicht.

Beat Balzli, Matthias Bartsch, Dinah Deckstein, Conny Neumann, Wolfgang Reuter, Marcel Rosenbach, Michael Sauga, Steffen Winter

Schmerzempfindliche Zähne?

Für schmerzempfindliche Zähne sind meist freiliegende Zahnhälse verantwortlich. Hier hilft elmex® SENSITIVE Zahnpasta mit Aminfluorid. Sie reinigt besonders sanft und baut dabei einen wirksamen Rundumschutz um die freiliegenden Zahnhälse.

elmex® SENSITIVE

- Schutz vor Schmerzempfindlichkeit
- Schutz vor Zahnhalskaries
- Sanfte und schonende Reinigung

Fragen Sie Ihren Zahnarzt.

Mit dem elmex® SENSITIVE Rundumschutz wieder unbeschwert genießen.

elmex® SENSITIVE

GABA Beratungsservice: 0800/8856351, montags bis freitags 9.00–17.00 Uhr, www.elmex.de